

Die Zukunft der Europäischen Union  
**Die neue Europäische Kommission:  
Barrosos Team tritt an**

### **Sonderteil EU-Rundschreiben**

Jahrgang 14 (2005), Heft 1

#### **Herausgeber**

Deutscher Naturschutzring,  
Dachverband der deutschen Natur- und  
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

#### **Redaktion**

**DNR Geschäftsstelle Berlin/  
EU-Koordination und Internationales**  
Bjela Vossen, Nika Greger, Alice Wolf-  
gramm, Thomas Frischmuth  
Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-85, -86, Fax -80  
eMail: [bjela.vossen@dnr.de](mailto:bjela.vossen@dnr.de)  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

#### **DNR Geschäftsstelle Bonn**

Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn  
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96  
eMail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

#### **Abonnement-Verwaltung**

Thomas Kreuzberg, Geschäftsstelle Bonn  
eMail: [thomas.kreuzberg@dnr.de](mailto:thomas.kreuzberg@dnr.de)

#### **Technik**

Layout: DNR Redaktionsbüro, Berlin  
Druck: Pegasus Druck, Berlin

#### **Gastartikel**

Artikel aus Verbänden und Forschung  
sind willkommen. Kürzung und redaktio-  
nelle Bearbeitung von Beiträgen vorbehal-  
ten. Mit Namen gezeichnete Beiträge ge-  
ben nicht unbedingt die Meinung der Re-  
daktion/des Herausgebers wieder.

#### **Copyright**

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-  
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt  
werden, wenn die Quelle angegeben wird  
und die Rechte Dritter gewahrt bleiben.  
Die Redaktion freut sich über ein Beleg-  
exemplar.

#### **Förderhinweis**

Dieses Projekt wird finanziell vom Bun-  
desumweltministerium und vom Umwelt-  
bundesamt gefördert. Die Förderer über-  
nehmen keine Gewähr für die Richtigkeit,  
Genauigkeit und Vollständigkeit der Anga-  
ben sowie für die Beachtung der Rechte  
Dritter. Die geäußerten Ansichten und  
Meinungen müssen nicht mit denen der  
Förderer übereinstimmen.

## 4 Editorial

- Neue EU-Kommission mit verspätetem Start

## 5 Die EU-Kommission

- Die Struktur und Arbeitsweise der Europäischen Kommission
- Die politische Agenda der nächsten fünf Jahre

## 8 Kommissionspräsident und Vizepräsident/innen

- José Manuel Durão Barroso (Portugal) - Kommissionspräsident
- Margot Wallström (Schweden) - Vizepräsidentin, Institutionelle Beziehungen und Kommunikationsstrategie
- Günter Verheugen (Deutschland) - Vizepräsident, Unternehmen und Industrie
- Jacques Barrot (Frankreich) - Vizepräsident, Verkehr
- Siim Kallas (Estland) - Vizepräsident, Verwaltung und Betrugsbekämpfung
- Franco Frattini (Italien) - Vizepräsident, Justiz, Freiheit und Sicherheit

## 10 Die Kommissar/innen

- Joaquín Almunia (Spanien) - Wirtschaft und Währung
- Joe Borg (Malta) - Fischerei
- Charlie McCreevy (Irland) - Binnenmarkt und Dienstleistungen
- Stavros Dimas (Griechenland) - Umwelt
- Benita Ferrero-Waldner (Österreich) - Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik
- Ján Figel' (Slowakei) - Bildung, Kultur und Vielsprachigkeit
- Mariann Fischer Boel (Dänemark) - Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
- Dalia Grybauskaitė (Litauen) - Haushalt- und Finanzen
- Danuta Hübner (Polen) - Regionalpolitik
- László Kovács (Ungarn) - Steuern und Zollunion
- Neelie Kroes-Smit (Niederlande) - Wettbewerbspolitik
- Markos Kyprianou (Zypern) - Gesundheit und Verbraucherschutz
- Peter Mandelson (Großbritannien) - Außenhandel
- Louis Michel (Belgien) - Entwicklungskooperation und humanitäre Hilfe
- Andris Piebalgs (Lettland) - Energie
- Janez Potocnik (Slowenien) - Wissenschaft und Forschung
- Viviane Reding (Luxemburg) - Audiovisuelle Medien und Informationsgesellschaft
- Olli Rehn (Finnland) - Erweiterung
- Vladimír Špidla (Tschechien) - Arbeit, Soziales und Gleichstellung

## 17 Service

- EU-Rundschreiben und EU-Koordination im Internet
- Aktuelle Informationen per eMail
- Adressen
- Links

## Neue EU-Kommission mit verspätetem Start

### Liebe Leserinnen und Leser,

mit mehr als 20 Tagen Verspätung konnte eine neue EU-Kommission im November 2004 ihre Arbeit in Brüssel aufnehmen, nachdem sie das Europäische Parlament am 18. November mit 449 Ja- gegen 149 Nein-Stimmen bei 82 Enthaltungen schließlich im Amt bestätigt hatte. Dem vorausgegangen war eine Tragödie der italienischen Art, bei dem Kommissionspräsident José Manuel Barroso am Abend vor der Parlamentsabstimmung über sein neues Team einen Rückzieher machen musste, weil er eine Komplettablehnung befürchtete.

Entzündet hatte sich alles an dem italienischen Nominée Rocco Buttiglione, zunächst als Kommissar für das Ressort Justiz und Inneres vorgeschlagen, wegen seiner katholisch-konservativen Ansichten über Homosexualität und die Rolle der Frau in der Gesellschaft. Aber auch andere Anwärter/innen auf die Kommissarsposten hatten sich während der Anhörung vor dem Parlament unvorbereitet und fachlich nur wenig kompetent präsentiert, wie etwa Neelie Kroes aus den Niederlanden, von Barroso vorgeschlagen für das Ressort Wettbewerb.

Das Parlament zog die Notbremse und drohte nach den Anhörungen, der Kommission insgesamt die notwendige Zustimmung zu verweigern, womit gleichzeitig die Ernennung durch den Europäischen Rat blockiert worden wäre. Barroso musste reagieren und wechselte einige Kandidat/innen aus.

Zwar konnte er mit seiner neuen Auswahl weder die Grünen noch die Vereinigte Linke überzeugen, die auch im "zweiten Anlauf" der Kommission nicht ihr Vertrauen aussprachen. Vor allem der ehemalige Außenminister Franco Frattini, nachgeschoben aus Italien als Neubesetzung für Justiz und Inneres, geriet wegen der Unterstützung von Silvio Berlusconis Politik in die Kritik. Mit den Stimmen der Konservativen und Sozialdemokraten gelang es Barroso aber schließlich doch, sein Team im Amt bestätigen zu lassen.

### Europäisches Parlament gestärkt

Obwohl es nicht zu einer direkten Ablehnung durch die EU-Parlamentarier/innen kam, konnte das Parlament seinen Einfluss gegenüber den anderen Institutionen ausweiten. Mit ihrer offenen Kritik an einzelnen vorgeschlagenen Persönlichkeiten haben die Parlamentarier/innen nicht nur der Kommission ein deutliches Signal gesandt, dass sie in Zukunft in allen Bereichen ein Machtwort mitsprechen werden, sie haben auch die nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten abgestraft, die in Zukunft mehr Sorgfalt bei der Auswahl ihrer nach Brüssel entsandten Vertreterinnen und Vertreter walten lassen müssen.

Zusätzlich hat die Auseinandersetzung zu einer stärkeren öffentlichen Aufmerksamkeit für die Institutionen in der EU beigetragen. Angesichts der weitreichenden Tätigkeitsfelder von Kommission und Parlament ist das nicht nur berechtigt, sondern auch angemessen.

### Überblick über die Kommission

Anlässlich der neu begonnenen Amtsperiode gibt dieses Sonderheft einen Überblick über die neue Europäische Kommission als der zentralen Institution innerhalb des Strukturgefüges der EU.

Nach Vorstellung von Struktur, Aufgaben und Arbeitsweise der Kommission werden die in den nächsten Jahren aktuellen und - vor allem aus der Perspektive der Umweltverbände - zu erhoffenden Politikschwerpunkte dargestellt. Im Anschluss widmen wir uns den einzelnen Mitgliedern der Kommission und schließen mit einem ausführlichen Adressen-Verzeichnis.

Die Redaktion wünscht Ihnen eine anregende Lektüre.

Nika Greger, Alice Wolfgram, DNR Berlin

### Struktur und Arbeitsweise der Europäischen Kommission

#### Der "Motor" der Europäischen Union

Die Europäische Kommission mit Sitz in Brüssel ist das zentrale ausführende Organ der Europäischen Union. Sie soll weisungsunabhängig von den nationalen Regierungen ausschließlich im Interesse der Europäischen Gemeinschaft arbeiten. Dabei untersteht die Kommission der Kontrolle des Europäischen Parlaments, dem sie mit ihren Tätigkeiten rechenschaftspflichtig ist.

#### Hauptaufgaben der EU-Kommission

Da - anders als in den institutionellen Strukturen der Mitgliedstaaten - in der EU das Prinzip der Gewaltentrennung durchbrochen ist, verfügt die Kommission über bestimmte legislative und auch exekutive Befugnisse.

Kraft ihres Initiativmonopols kann sie Vorschläge für neue europäische Rechtsakte (Verordnungen und Richtlinien) ausarbeiten, über die dann das Parlament und der Rat der EU (Ministerrat) entscheiden. Das heißt, alle Rechtsakte, die das EU-Parlament und der Ministerrat erlassen, werden zuvor von der Kommission ausgearbeitet. Durch die Veröffentlichung von Entscheidungen, Empfehlungen, Stellungnahmen, Berichten, Mitteilungen, Grün- und Weißbüchern gibt die Kommission der Europapolitik außerdem wesentliche Impulse.

Inhaltlich umfasst ihr Aufgabenbereich neben Handels-, Industrie- und Sozialpolitik auch die Agrar-, Umwelt- und Energiepolitik sowie Regionalentwicklung und die Entwicklungszusammenarbeit.

Als "Hüterin der Verträge" überwacht sie zudem die Einhaltung des Gemeinschaftsrechts durch die Mitgliedstaaten, Behörden und Unternehmen. Etwa bei der Nicht-Einhaltung des im Maastrichter Vertrag festgeschriebenen "Defizit-Kriteriums" durch die Mitgliedstaaten, der Vergabe wettbewerbsverzerrender Subventionen oder bei einer nicht fristgerechten Umsetzung von EU-Richtlinien leitet sie ein Vertragsverletzungsverfahren ein und erhebt notfalls vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) Klage. Sie verbietet Unternehmensfusionen oder verhängt Bußgelder, wenn Unternehmen den europäi-

schen Wettbewerb durch unzulässige Preisabsprachen verzerren.

Als zentrales Ausführungsorgan der EU ist die Kommission zuständig für die Umsetzung der EU-Politiken. Dazu nimmt sie wichtige Koordinierungs-, Exekutiv- und Verwaltungsaufgaben für die Gemeinschaft wahr. Sie leitet z.B. die Beitrittsverhandlungen mit Staaten und sorgt anhand von Durchführungsverordnungen für die Umsetzung der politischen Beschlüsse. Sie verwaltet zudem sämtliche Finanzmittel der Gemeinschaft und ist für den Unionshaushalt insgesamt verantwortlich. Dies umfasst auch die Koordination der sogenannten Strukturfonds und der Rahmen- und Aktionsprogramme der Gemeinschaft (z.B. Umweltaktionsprogramme). Rund 80 Prozent der Haushaltsmittel leitet die Kommission an die Mitgliedstaaten weiter, die die Fördermittel etwa an Regionalbehörden oder Landwirte auszahlen.

Schließlich kann die Kommission internationale Handels- und Kooperationsabkommen der EU aushandeln, wie etwa mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) das Lomé-Abkommen.

#### Ernennung der neuen Kommission

Nach der Erweiterung der Union im Mai 2004 setzt sich die Kommission seit November aus 25 statt bisher 20 Mitgliedern einschließlich des Präsidenten zusammen. Jede der 24 Kommissar/innen ist für einen bestimmten Aufgabenbereich verantwortlich, während dem Präsidenten die politische Leitung und Organisation der Kommission obliegt. Die bisherigen Ressorts wurden leicht umstrukturiert, getrennt wurden etwa die Bereiche Verkehr und Energie sowie Landwirtschaft und Fischerei.

Der Kommissionspräsident wird von den europäischen Staats- und Regierungschefs mit qualifizierter Mehrheit benannt und muss anschließend vom Europäischen Parlament bestätigt werden. Die übrigen Kommissionsmitglieder, die von den Regierungen der Mitgliedstaaten entsandten Kommissarinnen und Kommissare, werden im Einvernehmen mit dem neuen Kommissionspräsidenten benannt. Vor der endgültigen Ernennung muss sich jedes Kommissionsmitglied zur Überprüfung seiner Eignung einer ausführlichen Anhörung vor dem Parlament unterziehen. Erst nachdem das Parlament im

zweiten Anlauf seine Zustimmung zu der Kommission gegeben hat, kann diese schließlich vom Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit ernannt werden und ihre Arbeit beginnen.

#### Arbeitsweise und Verwaltungsstruktur

Eine Amtszeit der EU-Kommission beträgt fünf Jahre und entspricht damit, um sechs Monate versetzt, einer Legislaturperiode des EU-Parlaments. In der Regel tagt die Kommission einmal in der Woche. In ihren Sitzungen trifft sie alle wesentlichen Entscheidungen, fasst Beschlüsse, führt Erörterungen durch und verabschiedet so genannte Vorschläge.

Die Verwaltung der EU-Kommission gliedert sich in ein Generalsekretariat, das die Arbeit koordiniert, sowie 36 einzelne Generaldirektionen (GD), die den Kommissionsmitgliedern unterstehen und ihnen zuarbeiten. Außerdem hat jedes Kommissionsmitglied ein eigenes Büro oder "Kabinett". Hauptaufgabe der GD Umwelt ist es beispielsweise, neue Rechtsvorschriften im Umweltbereich zu initiieren und auszuarbeiten und sicherzustellen, dass Maßnahmen, die vereinbart wurden, in den Mitgliedstaaten auch tatsächlich umgesetzt werden.

Insgesamt bewältigen rund 22.000 Verwaltungsmitarbeiter, Experten, Übersetzer, Dolmetscher und Sekretariatskräfte die laufende Arbeit der Kommission. Diese Zahl mag hoch klingen, ist aber tatsächlich niedriger als der Personalstand der meisten mittelgroßen Städte in Europa. Die GD Umwelt beschäftigt beispielsweise rund 550 Mitarbeiter.

Der EU-Kommission unterstehen ferner Außenstellen, Forschungseinrichtungen und Vertretungen in den Mitgliedstaaten. Die Vertretung der Kommission in Deutschland hat einen Hauptsitz in Berlin und Regionalvertretungen in München und Bonn. Die Vertretungen sind die wichtigsten Informationsvermittler zwischen der Europäischen Kommission und den Bürger/innen sowie zentrale Ansprechpartner für Multiplikator/innen und Medien. Sie sind zuständig für eine ständige Präsenz in Wirtschaft und Politik sowie bei Wissenschaft und Verbänden. ■

Autorinnen: Alice Wolfgramm, Bjela Vossen, DNR, EU-Koordination

### Die politische Agenda der nächsten fünf Jahre

#### Schwerpunkt: Lissabon-Strategie

Von Präsident Barroso schon mehrfach angekündigt, soll einer der Hauptschwerpunkte der neuen EU-Kommission die Fortführung und Umsetzung der so genannten Lissabon-Strategie sein. Im März 2000 hatte der Europäische Rat auf seiner Tagung in Lissabon die Einleitung eines Maßnahmenkatalogs beschlossen, der die EU zum "weltweit dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum" entwickeln soll<sup>1</sup>. Nach der Theorie dieses auf zehn Jahre angelegten und seitdem als "Lissabon-Strategie" bezeichneten Prozesses treibt eine starke Wirtschaft die Schaffung von Arbeitsplätzen voran und fördert soziale und ökologische Maßnahmen, die wiederum eine nachhaltige Entwicklung und sozialen Zusammenhalt gewährleisten sollen.

Seit ihrer Annahme ist die Strategie alljährlich Gegenstand des Frühjahrsberichts<sup>2</sup> der Europäischen Kommission und das einzige Dokument auf der Tagesordnung der Frühjahrstagung des Europäischen Rates. Auf dieser Tagung bewerten die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten regelmäßig die im Rahmen der Lissabon-Strategie erzielten Fortschritte und legen fest, welche Maßnahmen vorrangig einzuleiten sind, um die verfolgten Ziele zu erreichen. Die Fortschritte bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie werden vom Rat nun wieder im März 2005 überprüft.

#### Kok-Bericht

Im Vorfeld zu dieser Evaluierung legte die hochrangige Sachverständigengruppe unter Vorsitz des ehemals niederländischen Ministerpräsidenten Wim Kok<sup>3</sup> Anfang November 2004 einen Bericht<sup>4</sup> vor, der wegen einer "überfrachteten Agenda, einer mangelhaften Koordinierung und miteinander konfligierenden Prioritäten" insgesamt mangelnde Fortschritte bei der Um-

setzung der Lissabon-Strategie kritisiert. Der Bereich Umwelt wird dabei zwar ausdrücklich als ein Schwerpunkt der Lissabon-Strategie anerkannt. Die Sachverständigen betrachten Umweltpolitik jedoch ausschließlich als Quelle komparativer Wettbewerbsvorteile (first mover advantages) und heben die zukünftig entstehenden hohen Kosten hervor, die im Falle des Nicht-Handelns anfielen. D.h. Umweltpolitik wird zwar berücksichtigt, allerdings nur in der üblichen Verknüpfung mit der Steigerung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Mögliche konzeptionelle Schwächen der Lissabon-Agenda erwähnt der Kok-Bericht nur am Rande.

#### EU-Nachhaltigkeitsstrategie

Mit der Veröffentlichung des Kok-Berichts endeten auch die Konsultationen zur europäischen Nachhaltigkeitsstrategie. Die EU-Kommission wird Anfang 2005 die konkreten Ergebnisse vorstellen. Schon jetzt lässt sich allerdings sagen, dass es an verbindlichen strukturellen Veränderungen begleitet von konkreten Maßnahmen und Regelmechanismen mangelt, mit denen das Leitbild erstens konkretisiert und zweitens in alle Politikfelder getragen werden kann. Auf diese Weise kann sich die EU nicht zu einem nachhaltigen Europa entwickeln.

Zwar scheint der Reformwille einzelner Akteure vorhanden, gute Vorschläge liegen auf dem Tisch - an konkreten Ergebnissen fehlt es jedoch noch immer und die Umweltintegrationsstrategie nimmt in den einzelnen Politikfeldern wenig konkrete Formen an. Herkömmliche Politikmuster werden nicht hinterfragt, was die Entwicklung von zukunftsfähigen Visionen für ganze Politikbereiche behindert. In einigen Fällen hat sich die Situation sogar verschlechtert, wie beim fortschreitenden Verlust an biologischer Vielfalt oder dem ansteigenden Flug- und Straßenverkehr. Auch die Zukunft der REACH-Chemikalienreform ist noch immer nicht gesichert.

Das gleiche gilt auch für die Klimapolitik. Viele europäische Gesetzesinitiativen werden entwickelt, ohne ihre Klimaauswirkungen zu berücksichtigen - trotz oder gerade wegen der Folgenabschätzung, die für die Nachhaltigkeitsstrategie durchgeführt wird. Typische Beispiele sind große Infrastruktur-Projekte oder die Fortsetzung von Subventionen für fossile Brennstoff-

gewinnung, insbesondere für die Kohleförderung.

Dabei ist es ein grundlegendes Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie, die derzeitigen Produktions- und Konsummuster in der EU zu verändern. Das gegenwärtige gesellschaftliche System ist nicht zukunftstauglich, d.h. Nachhaltigkeitspolitik sollte sich heute neben der Lösung der eigentlichen Umwelt- und Sozialprobleme vor allem für die Änderung der Rahmenbedingungen einsetzen. Nachhaltige Politik wäre damit zu verstehen als Gesellschafts- und Außenpolitik. Doch warum gelingt es der EU nicht, die rechtlichen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nachhaltig umzugestalten? Ein Grund liegt mit Sicherheit darin, dass sich Partikularinteressen permanent auf Kosten des Allgemeinwohls durchsetzen.

#### Integrationspolitik

Mit den ökonomischen und ökologischen Inhalten der Gemeinschaftspolitiken eng verknüpft sind die Auswirkungen der im vergangenen Jahr vollzogenen Erweiterung der Union. Es gibt erhebliche Defizite bei der Umsetzung des europäischen Umweltrechts, dessen Erfüllung besonders in den neuen Mitgliedstaaten sichergestellt werden muss.

Die Europäische Gemeinschaft hat in den nächsten Jahren große Integrationsleistungen nicht nur auf wirtschaftlicher, sondern auch auf gesellschaftspolitischer Ebene zu vollbringen, die die Kommission nach Kräften unterstützen und vorantreiben muss.

Die zehn neuen Mitgliedstaaten (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern) sind am 1. Mai 2004 der EU beigetreten. Außerdem hoffen Bulgarien und Rumänien, bis 2007 der Union beizutreten, sofern sie bis dahin die Kriterien für eine EU-Mitgliedschaft erfüllen, während die Türkei zur Zeit in Beitrittsverhandlungen steht. Zudem prüft die Europäische Kommission zur Zeit den Beitrittsantrag der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien vom März 2004 und wird im März 2005 die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien aufnehmen.

#### Intensivierung der Umweltpolitik

Auf der neuen Kommission lastet in den kommenden Jahren ein enormes Arbeits-

1 Erst im Juni 2001 bezog der Europäische Rat auf seiner Tagung in Göteborg den Umweltbereich ein.

2 [http://epa.eu.int/comm/lisbon\\_strategy/reports/index\\_de.html](http://epa.eu.int/comm/lisbon_strategy/reports/index_de.html)

3 Diese Sachverständigengruppe wurde vom Europäischen Rat beauftragt.

4 "Die Herausforderungen annehmen. Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung" ("Kok-Bericht"): [www.bmu.de/files/lissabon\\_kok.pdf](http://www.bmu.de/files/lissabon_kok.pdf)

pensum. Sie sollte im Rahmen des integrierten Ansatzes in der Wirtschafts- und Umweltpolitik ihre Bemühungen vor allem in den Bereichen Klimaschutz, Chemikalienpolitik und Biodiversität verstärken.

Über "Lissabon" und die Nachhaltigkeitsstrategie hinaus muss Umweltbelangen insgesamt ein höherer Stellenwert auf der politischen Agenda eingeräumt werden. Anfang Juni 2004 veröffentlichte die Kommission ihren Bericht<sup>5</sup> über die Fortschritte im so genannten Cardiff-Prozess<sup>6</sup>, den die Staats- und Regierungschefs der EU 1998 einleiteten. "Umweltfragen", so heißt es darin, "müssen zu einem zentralen Anliegen bei politischen Entscheidungen auf den Gebieten werden, die sich spürbar auf die Umwelt auswirken." Daran muss die Kommission sich in den kommenden Jahren messen lassen. ■

Autorinnen: Alice Wolfgramm, Nika Greger, DNR, EU-Koordination

### Begriffe

#### Europäischer Rat

Der Europäische Rat setzt sich aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten zusammen. Er bestimmt die politischen Leitlinien und die künftige Entwicklung der Europäischen Union, trifft also die zentralen Grundsatzentscheidungen. In der Regel treffen sich die Staats- und Regierungschefs halbjährlich zum "EU-Gipfel".

#### Rat der Europäischen Union (Ministerrat)

Der Rat der Europäischen Union besteht aus je einem Fachminister bzw. einer Fachministerin der 25 Mitgliedstaaten und tritt je nach den auf der Tagesordnung stehenden Fragen in neun unterschiedlichen Formationen zusammen - mal die Außenminister (im Rat für Allgemeine Angelegenheiten), ein anderes Mal die Umweltminister (im Umweltrat) usw. Er erlässt in seinem Aufgabengebiet (also der Umweltrat im Umweltbereich etc.) Richtlinien und Verordnungen, Resolutionen und Schlussfolgerungen. Zusammen mit dem Europäischen Parlament bildet der Rat die Legislative.

<sup>5</sup> [http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/wdc/2004/com2004\\_0394de01.pdf](http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/wdc/2004/com2004_0394de01.pdf)

<sup>6</sup> Im Juni 1998 beschloss der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs in Cardiff, ein Berichts- und Monitoring-System einzuführen, nach dem die Mitgliedstaaten und die Kommission Jahresberichte über die Umsetzung von strukturpolitischen Maßnahmen in den Güter-, Dienstleistungs- sowie Kapitalmärkten zu erstellen haben. Um im Rahmen der europäischen Strukturreformen dabei die Verpflichtung aus Artikel 6 des EG-Vertrages zur Berücksichtigung des Umweltschutzes zu erfüllen, dem zufolge "die Erfordernisse des Umweltschutzes bei der Festlegung und Durchführung der [...] Gemeinschaftspolitiken und -maßnahmen insbesondere zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung einbezogen werden", wurde beschlossen, in verschiedenen Formationen des Ministerrates jeweils eigene Strategien zur Berücksichtigung der Erfordernisse des Umweltschutzes in ihrem Tätigkeitsbereich zu erarbeiten (Cardiff-Prozess).

### José Manuel Durão Barroso (Portugal)

#### Kommissionspräsident

Barroso (\* 23. März 1956) trat die Nachfolge des Italieners Romano Prodi im Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission an. Die Staats- und Regierungschefs der EU hatten sich bei einem Sondertreffen Ende Juni 2004 auf den Portugiesen als Kandidaten geeinigt, der anschließend auch die Unterstützung des mehrheitlich konservativ besetzten Europäischen Parlaments fand.

Der Politologe und Jurist wurde bereits im Alter von 29 Jahren Staatssekretär im Innenministerium, später wechselte er ins Außenministerium, bis er 1992 bis 1995 Außenminister Portugals wurde. Seit 1999 ist er Vorsitzender der liberal-konservativen Partido Social Demokrata (PSD), darüber hinaus Vize-Vorsitzender der Europäischen Volkspartei. Seit April 2002 war er Ministerpräsident von Portugal.

Barrosos politische Stärke liegt vor allem in seinen Fähigkeiten als Außenpolitiker. Er gilt eher als ein Europapraktiker denn als Visionär. "Ich bin ein Reformierender, kein Revolutionär, ein Politiker der Mitte, kein Fundamentalist der freien Marktwirtschaft", sagt er über sich selbst. Er tritt ein für ein "starkes Europa", das eine federführende Rolle beim Umweltschutz spielt, für offene Märkte und fairen Handel, dafür, dass Europa aktiv Entwicklungspolitik betreibt und Armut und Epidemien bekämpft. Europa habe eine soziale Pflicht und müsse dazu die notwendigen Finanzmittel bereitstellen. Seinem Land hatte Barroso einen strengen Sparkurs auferlegt, um die Verschuldung einzudämmen. Ähnliches erwartet er auch von seinen Ex-Kollegen in den Hauptstädten. Wegen seiner USA-freundlichen Irak-Politik und seinem harten Sparkurs zur Einhaltung des EU-Stabilitätspaktes ist der vielsprachige Portugiese in Portugal und im EU-Parlament nicht unumstritten.

Ein reibungsloser Start in seinem neuen Amt ist Barroso nicht gelungen: Seinen ersten Personalvorschlag musste er angesichts der drohenden Ablehnung durch das Parlament zurückziehen. Schließlich konnte die jetzige, sehr wirtschaftsliberale Europäische Kommission erst mit einem Monat Verzögerung ihre Amtsgeschäfte aufnehmen. ■

### Margot Wallström (Schweden)

#### Vizepräsidentin, Kommissarin für Institutionelle Beziehungen und Kommunikationsstrategie

Die für ihre engagierte Umweltpolitik international angesehene bisherige Umweltkommissarin Wallström (\* 28. September 1954) wechselte ihren Posten und ist nun Vizepräsidentin der Europäischen Kommission.

Die Sozialdemokratin blickt auf eine lange politische Laufbahn zurück, sowohl im schwedischen Reichstag als auch in der Regierung. Sie war von 1988 bis 1991 Ministerin für Jugend-, Frauen- und Verbraucherfragen, von 1994 bis 1996 Ministerin für Kultur und dann bis 1998 Sozialministerin. Mitglied der Europäischen Kommission ist Wallström seit September 1999. Als bisherige EU-Umweltkommissarin trat sie für Bürgerbelange ein, auch gegen Industrieinteressen.

Als direkte Stellvertreterin von Barroso, aber ohne eigenes Ressort, kann sie in dem Bereich "Institutionelle Beziehungen" politische Impulse gegenüber dem Europäischen Parlament, dem Ministerrat und den Parlamenten der Mitgliedstaaten setzen. Ebenfalls zuständig ist sie für die Beziehungen der Kommission zum Ausschuss der Regionen sowie zum Wirtschafts- und Sozialausschuss. Als heimlicher Star der Prodi-Kommission soll sie ihr durch konsequente Umweltpolitik gewonnenes persönliches Renommée für Barroso nutzbar machen und die Außenwirkung verbessern, um wachsender EU-Skepsis zu begegnen. Wallström will mehr Zusammenarbeit europäischer, nationaler und kommunaler Institutionen.

Wallström erklärte im Rahmen der vor dem Europäischen Parlament durchgeführten Anhörungen, ihr Ziel sei vor allem, sich durch eine transparente Politik für eine stärkere Akzeptanz der Lissabon-Strategie einzusetzen. Als "Schlüsselbotschaft" gab sie an, für die Europäische Union müsse eine positive Vision bekräftigt werden, bei der sich wirtschaftlicher Wohlstand, sozialer Zusammenhalt und Umweltverträglichkeit verstärken. Insgesamt ist zu erwarten, dass sie sich weiterhin für den Aktionsplan für Umwelttechnologie ETAP, nun vor allem für eine umweltverträgliche Wirtschaftspolitik, einsetzen wird. ■

### Günter Verheugen (Deutschland)

#### Vizepräsident, Kommissar für Unternehmen und Industrie

Verheugen (\* 28. April 1944) war bislang Kommissar für das Ressort Erweiterung. Den Beitritt der zehn neuen EU-Mitgliedstaaten hatte Verheugen mit viel Fingerspitzengefühl erfolgreich vorangetrieben und trägt daher seitdem den Spitznamen "Mr. Osterweiterung".

In Deutschland blickt Verheugen auf eine bewegte politische Karriere zurück: Nach dem Studium der Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaften hatte er zunächst leitende Positionen im Innenministerium und anschließend im Auswärtigen Amt unter Hans Dietrich Genscher inne. Nach dem Koalitionswechsel der FDP von der SPD zur CDU/CSU trat Verheugen, inzwischen Generalsekretär der FDP, im Jahr 1982 der SPD bei. Bis 1999 gehörte er der SPD-Bundestagsfraktion an. Dort war er u.a. Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und Vorsitzender des Sonderausschusses Europäische Union, 1994 bis 1997 in seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion zuständig für Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Bevor er schließlich 1999 zur Europäischen Kommission wechselte, war er Staatsminister im Auswärtigen Amt.

Barroso hat in Verheugen zwar keinen "Super-Kommissar", aber doch ein politisches Schwergewicht zum Beauftragen für die Wettbewerbsfähigkeit ernannt. Bei den Anhörungen der designierten Kommissare vor dem Europäischen Parlament präsentierte Verheugen sich souverän und ambitioniert. Hinsichtlich der Wachstumsziele der Union konstatierte er: "Es erscheint zunehmend schwierig, das Zieldatum 2010 einzuhalten. Ich werde dafür sorgen, dass die Lissabon-Strategie in den nächsten fünf Jahren auf der Tagesordnung ganz oben bleibt." Er gilt als Mann des Bundeskanzlers und soll verhindern, dass die Industrie durch zu viele EU-Regeln behindert wird. In der Chemikalienpolitik bezog er aber auch gegen nationale Interessen Deutschlands Position: "Das Thema ist auf dem Tisch und da bleibt es". Wenn allerdings Studien zeigten, dass die Vorschriften für die Zulassung von Chemikalien zur "unerträglichen Belastung" würden, müsse man über Änderungen nachdenken. ■

### Jacques Barrot (Frankreich)

#### Vizepräsident, Kommissar für Verkehr

Der studierte Rechtswissenschaftler und Soziologe Barrot (\* 3. Februar 1937) war Staatssekretär für Wohnungswesen, Bürgermeister der Stadt Yssingeaux und lange Mitglied der französischen Nationalversammlung. Zwischen 1978 und 1997 wurde er zunächst Minister für Handel und Handwerk, dann Minister für Gesundheit und soziale Sicherheit und später Minister für Arbeit und Soziales. Seit Juni 2002 ist Barrot Vorsitzender der konservativen UMP-Fraktion in der Nationalversammlung. Barrot, der aus einer prominenten politischen Familie stammt, löste bereits im April 2004 Michel Barnier als Kommissar für Regionalpolitik ab. Damit war er für die milliardenschweren Fonds zur Unterstützung schwach entwickelter Regionen in der EU zuständig.

Der französische Konservative hatte mit seinem neuen Fachgebiet bislang wenig zu tun. Bei der Anhörung im Europäischen Parlament betonte er die Notwendigkeit einer stärkeren Förderung des Schienen-, Fluss- und Seeverkehrs. Außerdem müsse die Steuerbefreiung von Kerosin für Fluggesellschaften überdacht werden. Barrot will versuchen, die Transportverbindungen im erweiterten Europa zu verbessern und den Verkehr sicherer zu machen. Sein erklärtes Ziel ist, die Zahl der Verkehrstoten bis 2010 zu halbieren.

Kurz vor dem Amtsantritt der neuen EU-Kommission geriet er ins Kreuzfeuer wegen einer früher gegen ihn verhängten, jedoch durch Amnestie aufgehobenen Bewährungsstrafe im Zuge eines Parteispandenskandals. Wegen der Amnestie sei sein Werdegang "sauber", so die Brüsseler Kommission. Es gebe keine EU-Bestimmung, die dem entgegenstehe. Barroso stellte sich vorbehaltlos hinter seinen Kommissar und lehnte jede Rücktrittsforderung ab. Barrot war im Februar 2000 von einem Pariser Gericht des Vertrauensbruchs für schuldig befunden worden. Geahndet wurde seine Verwicklung in die obskure Finanzierung der bürgerlichen Partei CDS. Die Strafe wurde aber sofort vom selben Gericht annulliert; die Richter folgten damit einer Amnestie, die kurz nach der Wahl von Jacques Chirac zum Staatspräsidenten 1995 erfolgt war. Barrot gilt als enger Vertrauter Chiracs und als gewiefter Verhandlungsführer. ■

### Siim Kallas (Estland)

#### Vizepräsident, Kommissar für Verwaltung und Betrugsbekämpfung

Siim Kallas (\* 2. Oktober 1948) gehört der Kommission seit Mai 2004 an und teilte sich anfänglich mit Joaquín Almunia das Wirtschaftsressort. Nun will er "für die Modernisierung Europas kämpfen".

Der studierte Wirtschafts- und Finanzwissenschaftler arbeitete als Fachmann im Finanzministerium der Estnischen Sowjetrepublik, bevor er 1979 Direktor der estnischen Sparkassen wurde. Kallas war 17 Jahre Mitglied der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Schon zu Sowjetzeiten in hohen Regierungsämtern, schrieb der Ökonom kurz vor der Wende flammende Artikel für die Unabhängigkeit Estlands. Nach der Unabhängigkeit begann Kallas 1991 eine zweite Karriere als Präsident der Nationalbank, wo er an der Festigung der Wirtschaft und der festen Bindung der Estnischen Krone an die D-Mark mitwirkte. Der Begründer der wirtschaftsliberalen Reformpartei wurde über die Karriereleiter Außen- und Finanzminister 2002 Ministerpräsident und war an den Beitrittsverhandlungen mit EU und Nato beteiligt.

Bei der Anhörung der neuen Kommissare im EU-Parlament wurde Kallas wegen seiner Position in der Sowjetzeit gefragt, ob er kompromittierende Berichte über ihn ausschließen könnte. "Die Sache ist vorbei", meinte Kallas. "Ich glaube, dass nichts Kompromittierendes mehr gefunden wird." Der EU-skeptische britische Abgeordnete Nigel Farage bezeichnete den estnischen Kommissar Siim Kallas als einen Kommunisten, "der Geschmack am Kapitalismus gefunden hat". Er sei wegen Betrugsvorwürfen angeklagt gewesen und nun in der Kommission für Betrug zuständig. "Würden Sie von dieser Kommission einen Gebrauchtwagen kaufen?" fragte Farage rhetorisch. ■

### Franco Frattini (Italien)

#### Vizepräsident, Kommissar für Justiz, Freiheit und Sicherheit

Franco Frattini (\* 14. Juli 1957) kommt statt des vom EU-Parlament wegen seiner Aussagen über Homosexuelle kritisierten Rocco Buttiglione nach Brüssel. Der Jurist arbeitete erst als Staatsanwalt und wurde mit 26 Jahren Richter. Bevor er 1995 als Minister für den öffentlichen Dienst in die Politik ging, war er Rechtsberater im Finanzministerium und als Generalsekretär des Kabinetts an den Regierungen Ciampi und Berlusconi beteiligt. Seit 2002 gehörte er der jüngsten Berlusconi-Regierung als Außenminister an.

Nach dem Motto "Der Zweck heiligt die Mittel" sollte ein Bündnis mit der faschistischen Kleinpartei Unitalia Frattini die Wiederwahl in Südtirol sichern. Medienwirksam setzte er sich gegen einen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat ein. Als treuer Verbündeter Berlusconis sorgte er Anfang 2004 durch ein umstrittenes Gesetz für den Erhalt von dessen Medienimperium, das ansonsten hätte verkauft werden müssen, für Aufregung und erntete dafür heftige Kritik. Michael Cramer, MdEP: "Dass Barroso ausgerechnet für den Justiz-Kommissar einen Italiener auserwählte, ist eine Provokation (...). Der ermittelnde Staatsanwalt fordert für Berlusconi acht Jahre Gefängnis wegen Richter-Bestechung. Italien kann sich glücklich schätzen, bereits in der EU zu sein. Als Beitritts-Kandidat hätte es bei einer solchen Rechtspraxis keine Chance, Mitglied zu werden."

Normalerweise gilt Frattini aber als äußerst vorsichtig und diplomatisch. Sein Verhalten bei den Verhandlungen über die EU-Verfassung während der italienischen Ratspräsidentschaft im europäischen Ausland wurde als vorbildlich betrachtet. Die europäische Einheit ist ihm ein großes Anliegen, ein Europa der zwei Geschwindigkeiten lehnt er ab. Die gerade im Bereich Justiz und Inneres vorherrschenden europäischen Diversitäten könnten also durch ihn etwas geglättet werden, allerdings wohl eher in Richtung Sicherheitsstaat. Frattini fordert mehr Kooperation bei Einwanderung, Asyl und Integration und will europäische Maßnahmen gegen Terror fördern. Einen Schwerpunkt stellt die gemeinsame Kontrolle der Außengrenze durch eine neue Behörde dar. ■

### Joaquín Almunia (Spanien)

#### Kommissar für Wirtschaft und Währung

Der spanische Sozialist Joaquín Almunia Ammann (\* 17. Juni 1948) bleibt als einziges Kommissionsmitglied in seinem Ressort. Er übernahm diesen Posten bereits im März 2004, nachdem Pedro Solbes als neuer Finanzminister der neuen sozialistischen Regierung nach Madrid zurückgekehrt war.

Joaquín Almunia studierte Rechts- und Wirtschaftswissenschaften lehrte als Assistenzprofessor Arbeitsrecht und Recht der sozialen Sicherheit an der Universität in Madrid. Seine politische Laufbahn begann er 1974 in der den PSOE-Sozialisten nahe stehenden Gewerkschaft UGT, wo er als Wirtschaftsexperte tätig war. 1979 wurde er zum ersten Mal ins spanische Nationalparlament gewählt und galt als Kandidat für die Position des Premierministers. 1982 bis 1986 war er Minister für Arbeit und anschließend bis 1991 Minister für öffentliche Verwaltung. 1991 schied er aus der Regierung aus und unterrichtete einige Zeit an der Universität, bis er 1994 als Sprecher der sozialistischen PSOE-Fraktion im Parlament in die Politik zurückkehrte und 1997 bis 2000 Generalsekretär der PSOE wurde. Bis zu seinem Amtsantritt war er Mitglied des spanischen Parlaments. 2001 veröffentlichte er sein erstes Buch mit dem Titel "Memorias Políticas".

Als Kommissar für Wirtschaft und Währung muss er das Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion sicherstellen. Seine Aufgabe wird auch künftig die Überwachung der Haushalte der EU-Länder und die Einhaltung der Stabilitätskriterien sein. Mit der Reform des umstrittenen Stabilitätspaktes liegt eines der wichtigsten Projekte der EU auf seinem Tisch. Er kommt den Forderungen großer EU-Staaten nach mehr Spielraum für Staatshaushalte teilweise entgegen, verlangt aber im Gegenzug mehr Zusammenarbeit und langfristigen Schuldenabbau und fordert verlässlichere Statistiken. In Spanien kennt man Joaquín Almunia als Mann des Dialogs. ■

### Joe Borg (Malta)

#### Kommissar für Fischerei

Der Konservative Joe Borg (\* 19. März 1952) leitete für Malta die Beitrittsverhandlungen und wurde im Mai 2004 zunächst dem Ressort Entwicklung und humanitäre Hilfe von Poul Nielson beigeordnet. Er ist jetzt in der neuen Kommission für die Fischereipolitik zuständig.

Der vielsprachige Jurist arbeitete als Anwalt als Berater für Unternehmen und hochrangige Diplomaten in Malta und im Ausland, bis er 1979 Dozent für Unternehmens-, Industrie- und Europäisches Recht an der Universität Malta wurde. 1988 graduierte er an der Universität von Wales zum Master in Europäischem Recht und war seit 1989 Berater des Außenministeriums in EU-Angelegenheiten. Seit 1995 saß er im Parlament und wurde erst parlamentarischer Sekretär im Außenministerium und schließlich 1999 Außenminister. Als Chefunterhändler vertrat er Malta in den EU-Beitrittsverhandlungen.

Obwohl er damit Maltas kompetentester Mann für Brüssel ist, gibt es in der Inselrepublik Gerüchte, dass seine Kandidatur als maltesischer EU-Kommissar auch deshalb durchgesetzt wurde, um ihn vom "sinkenden Schiff" zu retten. Denn die Regierung unter Premierminister Eddie Fenech Adami steht dem Vernehmen nach auf wackeligen Beinen.

Joe Borg übernimmt die Verantwortung für die neuerdings von der Landwirtschaft abgekoppelte Generaldirektion Fischerei. Dass sich der konservative Politiker zum Schutz der Fische mit Maltas Fischern anlegen wird, ist nicht zu erwarten. Er wolle die begonnenen Reformen weiterführen, sagt Borg und wiederholt, dass Überfischung auch den Fischern schade. ■

### Charlie McCreevy (Irland)

#### Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen

Der erfahrene Finanzpolitiker Charlie McCreevy (\* September 1949) übernimmt ein leicht verändertes Ressort: Durch die Umverteilung der bisherigen Kommissionsrollen geht die Verantwortlichkeit für den freien Warenverkehr im Binnenmarkt an Günter Verheugen.

Der gelernte Rechnungsprüfer McCreevy begann seine politische Karriere 1977, als er für die Konservativen zum Abgeordneten in das irische Parlament gewählt und anschließend bei jeder Wahl im Amt bestätigt wurde. 1992 erfolgte McCreevys Ernennung zum Sozialminister, im folgenden Jahr wechselte er in das Tourismus- und Handelsressort, wo er bis zum Machtverlust der national-konservativen Partei Fianna Fáil 1994 tätig war. In der Opposition übernahm McCreevy das Amt des Sprechers für Finanzangelegenheiten. Bei der Rückkehr von Fianna Fáil an die Macht im Jahr 1997 wurde McCreevy Finanzminister; ein Amt, das er sieben Jahre inne hatte. Auf dem europäischen Parkett trat McCreevy erstmals 1997 als Mitglied des EcoFin-Rats der Wirtschafts- und Finanzminister in Erscheinung, dessen Präsidentschaft er Anfang 2004 im Rahmen der irischen Ratspräsidentschaft übernahm. In seine Amtszeit fielen die Diskussionen über den Stabilitätspakt, die in der (mittlerweile abgewiesenen) Klage der Kommission gegen den Ministerrat vor dem EuGH ihren Höhepunkt fanden.

Der als "colourful figure" (Business Week) bekannte McCreevy übernimmt mit dem Ressort Binnenmarkt eines der einflussreichsten der EU-Kommission. Er vertritt einen marktliberalen Kurs und hat stets Steuerkürzungen und Einschränkungen in den staatlichen Ausgaben befürwortet. Entschieden ist er gegen deutsche Pläne zur Steuerharmonisierung in Europa. Eine seiner Hauptaufgaben wird die Erstellung von Regeln für Finanzdienstleistungen sein. Er will dabei den Ausgleich zwischen freien Marktkräften und Kontrolle suchen. Einen besonderen Fokus sieht er im Dienstleistungssektor. Der als ausgesprochen direkt bekannte Politiker gilt als talentierter Strippenzieher - und gelegentlich auch als äußerst stur. ■

### Stavros Dimas (Griechenland)

#### Kommissar für Umwelt

Der der konservativen Partei Nea Dimokratia angehörende Dimas (\* 30. April 1941) war seit 1977 Mitglied des griechischen Parlaments und als Jurist und Wirtschaftspolitiker in den letzten Jahren unter anderem Minister für Handel, Landwirtschaft und Industrie. Er arbeitete als Anwalt für die Weltbank und an der New Yorker Börse. In der Kommission war er seit Anfang dieses Jahres zuständig für das Ressort Arbeit und Soziales. In seiner Biografie kann er bisher keinen Kontakt zur Umweltpolitik aufweisen.

Seine teilweise sehr allgemein gehaltenen Angaben vor dem Parlament gaben vor allem Grünen-Abgeordneten im Europaparlament und Umweltverbänden Anlass zur Kritik, die seine umweltpolitische Kompetenz in Zweifel ziehen. So wurde vielfach bemängelt, Dimas habe durch seine häufig ausweichenden und oberflächlichen Antworten fehlenden ökologischen Sachverstand offenbart. "Die griechischen Regierungen sind ja ohnehin für ihr geringes Umweltengagement bekannt, egal welche Partei gerade regiert" äußerte sich der Grüne Europa-Abgeordnete Michael Cramer.

Insgesamt will Dimas den bereits von der Kommission eingeschlagenen integrierten Ansatz in der Wirtschafts- und Umweltpolitik weiter verfolgen. Hauptthemen sind Klimaschutz und die geplante Chemikalien-Richtlinie REACH, die der Industrie umfangreiche Prüfpflichten auferlegt. Der 63-Jährige hat dazu Korrekturen am Entwurf seiner Vorgängerin Wallström angekündigt.

Dass der Umweltschutz nicht isoliert von den anderen Politikbereichen gesehen werden kann, ist bereits im EG-Vertrag festgeschrieben. Ob aber das vom neuen Umweltkommissar dargelegte Ziel, durch eine Stärkung der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Grundlagen in der Gemeinschaftspolitik eine Stärkung der Bindungen zwischen Umweltschutz und Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen, tatsächlich dem Interesse einer nachhaltigen Umweltpolitik dient, sehen Kritiker als sehr fraglich an. ■

### Benita Ferrero-Waldner (Österreich)

#### Kommissarin für Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik

Die ehemalige Außenministerin Österreichs Ferrero-Waldner (\* 5. September 1948) war eine Wunschkandidatin des Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso. Der neuen Kommissarin für Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik wird mit dem für Anfang 2007 geplanten In-Kraft-Treten der EU-Verfassung der bereits designierte EU-Außenminister Javier Solana die Kompetenzen streitig machen.

Die promovierte Juristin war zunächst in der Privatwirtschaft tätig, bevor sie 1984 in den diplomatischen Dienst ihres Landes eintrat. Nach verschiedenen Stationen in Paris, Madrid und Dakar stieg sie 1994 zur Protokollchefin des damaligen UN-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali auf. Im Mai 1995 wurde sie zunächst Staatssekretärin im österreichischen Außenministerium, bis sie im Februar 2000 zur Außenministerin von Österreich ernannt wurde.

Wegen ihres Eintretens für Österreich während der Zeit der EU-Sanktionen wird sie als "lächelnde Löwin" bezeichnet. "Es ist ein völlig falsches Bild von Österreich gezeichnet worden. Ein Bild eines fremdenfeindlichen, eines rassistischen, eines neonazistischen Österreich. Und als Außenministerin war ich mit dieser Krise konfrontiert", sagte Ferrero-Waldner damals.

Für ihre künftige Tätigkeit als EU-Außenkommissarin formulierte Ferrero-Waldner folgendes Ziel: "Ich kenne alle Staatsmänner und Staatsfrauen und habe mit vielen von ihnen verhandelt, aber auch sehr eng zusammengearbeitet. Ich kenne aber auch die Wirtschaft sehr gut, und ich möchte das vernetzen und zusammenbringen". Als Schwerpunkte für EU-Engagement in der Welt nennt sie Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Menschenrechte. Sie will dazu beitragen, dass die EU mit einer Stimme spricht, muss sich aber der starken Konkurrenz des Außenbeauftragten Solana stellen, der den Europäischen Rat vertritt. ■

### Ján Figel' (Slowakei)

#### Kommissar für Bildung, Kultur und Vielsprachigkeit

Der ausgebildete Elektronik-Ingenieur Ján Figel' (\* 20. Januar 1960) war zunächst dem Ressort Unternehmen und Informationsgesellschaft beigeordnet und wird sich jetzt um Erziehung, Bildung, Kultur und Vielsprachigkeit kümmern.

Nach seinem Abschluss in Elektrotechnik 1983 war er in der Forschung der Elektronik-Branche tätig. 1992 wurde er als Mitglied der Christdemokratischen Bewegung ins Nationalparlament gewählt und erwarb Zertifikate in Internationalen Angelegenheiten und in Europäischer Wirtschaftsintegration. Er war Vorsitzender des Ausschusses für Äußere Angelegenheiten im slowakischen Parlament. Seine eigentliche politische Karriere begann 1997 mit dem Vorsitz des Unterausschusses für Internationale Wirtschaftsbeziehungen im Europarat. 1998 kehrte er in die Slowakei zurück, wo er Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten im Außenministerium wurde. Als Chefunterhändler vertrat er die Slowakei in der EU.

Figel' ist stellvertretender Vorsitzender der konservativen Christdemokratischen Bewegung. Obwohl die Christdemokratische Bewegung euroskeptische Tendenzen zeigt, ist Figel' europafreundlich eingestellt. Daher blieb seine Kandidatur zu Hause umstritten. Trotzdem kann keiner bezweifeln, dass Figel' zu einem der besten Experten für das EU-Labyrinth der Verfahrensbestimmungen geworden ist.

Ján Figel' verhehlte nicht, dass das Ressort Bildung und Kultur nicht seine erste Wahl war. Dennoch würde er es als Herausforderung begreifen: Denn Bildung sei wichtig für die Beschäftigung und Integration. Die Maßnahmen im Bereich Bildung seien wesentlich für die Erreichung der in Lissabon vereinbarten Ziele und zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums. Bei Bildung und Kultur hat die EU keine Kompetenzen. Die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa sieht Figel' als vorrangig an. ■

Weitere Quelle:  
[www.jugendpolitikineuropa.de/europzusammen/news-83.html](http://www.jugendpolitikineuropa.de/europzusammen/news-83.html)

### Mariann Fischer Boel (Dänemark)

#### Kommissarin für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Die Wirtschaftswissenschaftlerin und rechtsliberale Politikerin Mariann Fischer Boel (\* 15. April 1943) hat ein verändertes Ressort: Die Fischerei wurde ausgegliedert und Joe Borg unterstellt.

Anfangs noch in der Regionalpolitik tätig, wurde sie 1990 Abgeordnete im dänischen Parlament sowie Mitglied des Parteivorstands der Liberalen Partei und ihres Parlamentarischen Klubs. Von 1994 bis 1999 arbeitete Boel in verschiedenen parlamentarischen Ausschüssen (Ausschuss für Lebensmittel, Landwirtschaft und Fischerei, Ausschuss für Handel und Industrie, Ausschuss für Steuerliche Angelegenheiten) bis sie 2001 zur Ministerin für Lebensmittel, Landwirtschaft und Fischerei ernannt wurde. Der Agrarbereich ist finanziell noch immer der gewichtigste in der EU-Politik.

Boel geriet ins Kreuzfeuer, da sie einen großen Agrarbetrieb besitzt und ihr Mann dafür EU-Subventionen in Höhe von jährlich knapp 60.000 Euro erhält. Das erregte auch im EU-Parlament Anstoß, änderte aber nichts an der Berufung.

Die Aufgabe der Agrarkommissarin wird es sein, die Reform der europäischen Agrarsubventionen umzusetzen. Auf Einzelheiten aktueller agrarpolitischer Fragen wollte Fischer Boel vorläufig nicht eingehen, sie zeigte sich aber davon überzeugt, "dass die ländliche Entwicklung künftig an Gewicht gewinnen wird". Der dänische Bauernpräsident Peter Gæmelke vertrat die Meinung, dass die EU-Agrarpolitik sich mit Kommissarin Boel mehr in eine marktökonomische Richtung entwickeln wird. Sie gilt als Gegnerin von Subventionen für die Landwirtschaft. Auch ist sie gegen eine Re-Nationalisierung der EU-Agrarpolitik, wie sie vor Jahren von deutschen Politikern vorgeschlagen wurde. ■

Weitere Quellen: [www.wikipedia.org/wiki](http://www.wikipedia.org/wiki)  
<http://dradio.de/dlf/sendungen/umwelt/309809>

### Dalia Grybauskaitė (Litauen)

#### Kommissarin für Haushalt- und Finanzen

Als die konservativ-liberale Wirtschaftswissenschaftlerin Dalia Grybauskaitė (\* 1. März 1956) in Brüssel zur Eingewöhnung ins EU-Bildungsressort geschickt wurde, beschwerte sie sich: Sie sei schließlich Haushaltsexpertin. Jetzt ist sie als Haushalts- und Finanzkommissarin in ihrem Zielressort angekommen.

Die vielsprachige Wirtschaftswissenschaftlerin mit dem Schwerpunkt Außenpolitik begann ihre berufliche Karriere 1990 im Wirtschaftsinstitut in Vilnius und stieg 1991 erstmals in die Politik ein. Als Direktorin für wirtschaftliche Beziehungen im litauischen Außenministerium wurde sie als Chefunterhändlerin zu den Verhandlungen mit der EU zur Errichtung einer Freihandelszone entsandt. Sie handelte mit der EU 1994/95 das Freihandelsabkommen aus und war auch im Team der Beitrittsverhandlungen aktiv. 1999 wurde sie in Litauen stellvertretende Finanzministerin. In den Beitrittsverhandlungen mit der EU war sie Chefunterhändlerin der litauischen Delegation, bis sie im Jahr 2000 zur stellvertretenden Außenministerin von Litauen ernannt wurde. Seit 2001 war sie Finanzministerin und koordinierte die nationalen Beihilfen.

Als neue Haushalts- und Finanzkommissarin übernimmt sie das Ressort der Deutschen Michaela Schreyer. Dalia Grybauskaitė ist in Litauen bekannt für ihre strikte Finanzpolitik. Litauer seien Unruhestifter, warnt sie, die Europäische Union solle sich auf Reformen einstellen. Das Selbstbewusstsein, das sie während der Anhörungen zeigte, kann sie gebrauchen: Ihr steht ein harter Kampf in den Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten um den neuen Budgetrahmen der Union von 2007 bis 2013 bevor. ■

### Danuta Hübner (Polen)

#### Kommissarin für Regionalpolitik

Die parteilose Danuta Hübner (\* 8. April 1948) wechselte bereits mit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union in die EU-Kommission und war bis Oktober Pascal Lamy (Handel) beigeordnet. Jetzt wird sie in Brüssel die Regionalpolitik leiten.

Sie studierte Wirtschaftswissenschaften in Warschau und Madrid sowie Internationale Beziehungen in den USA und Großbritannien und arbeitete als Wirtschaftsprofessorin an der Universität Warschau. Erst 1994 stieg sie in die Politik ein - als stellvertretende Außenhandelsministerin. Später bereitete die vielsprachige Politikerin Polens EU-Beitritt vor - seit 2003 in der Funktion der Ministerin für europäische Angelegenheiten. Zudem beteiligte sie sich im Brüsseler Konvent an der Ausarbeitung der künftigen EU-Verfassung. Sie hat schon zahlreiche internationale Ämter übernommen, u.a. in der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen.

Obwohl Danuta Hübner in EU-Kreisen hoch angesehen ist, war ihre Berufung zur ersten polnischen Kommissarin in ihrer Heimat nicht unumstritten: Ihr wird unterstellt, dass sie zu schnell Kompromisse eingehe und zu europafreundlich eingestellt sei. So befürchten viele Polen, dass Hübner zu schnell Brüsseler Standpunkte übernehmen und damit nicht genügend für Polen herausholen würde. Laut Vertrag sollen EU-Kommissare aber ohnehin dem Gemeinschaftswohl verpflichtet sein.

Die EU-Regionalpolitik ist mit viel Geld verbunden und daher stark umkämpft. Danuta Hübner übernimmt die Verantwortung für die europäischen Strukturfonds und damit eine Schlüsselrolle in der finanziellen Unterstützung der unterdurchschnittlich entwickelten Gebiete. Insbesondere haben die neuen Mitgliedsstaaten sowie bisher auch Ostdeutschland auf die Förderung aus dem EU-Haushalt gesetzt. Polen ist künftig Hauptempfänger. ■

### László Kovács (Ungarn)

#### Kommissar für Steuern und Zollunion

Der Sozialdemokrat László Kovács (\* 3. Juli 1939) wurde angeblich vor allem aus innenpolitischen Gründen aus Budapest nach Brüssel entsandt - als bisheriger Parteichef drohte er die Kreise der sozialdemokratischen Regierung zu stören. Nachdem ihn das EU-Parlament als Energiekommissar ablehnte, gab ihm Barroso das Steuerressort, für das ursprünglich die Lettin Udre vorgesehen war, die aber wegen Verwicklung in eine Spendenaffäre von der lettischen Regierung zurückgezogen und durch Andris Piebalgs ersetzt wurde.

Der studierte Wirtschaftswissenschaftler und Politiker begann seine berufliche Laufbahn als stellvertretender Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns. Zwischen 1986 und 1990 bekleidete er das Amt des stellvertretenden Außenministers und wurde dann Staatssekretär im Außenministerium. Von 1994 bis 1998 war Kovács das erste Mal Außenminister Ungarns und arbeitete während dieser Zeit zudem als amtierender Vorsitzender der OSZE (1995). 2002 übernahm er das Amt des Außenministers nochmals. Von 1998 bis 2000 war er Fraktionschef der Sozialistischen Partei Ungarns, deren Vorsitzender er seit 1998 war.

Während der zweiten Anhörung vor dem EU-Parlament wies Kovács Vorwürfe zurück, er habe im ehemaligen kommunistischen Regime seines Landes eine wichtige Position gehabt. Zwar sei er Mitglied der kommunistischen Partei gewesen, seine Vergangenheit sehe er aber nicht als Sünde, sagte Kovács. Als "defensiv" und "angelernt" bezeichnete der CDU-Europaabgeordnete Dr. Werner Langen die Antworten des künftigen Steuerkommissars Kovács. Immerhin habe er sich diesmal besser eingearbeitet als in der Anhörung über die Energiepolitik. "Impulse werden von ihm keine ausgehen", so Langen, "fachlich war Frau Udre besser." ■

Weitere Quelle:  
[www.euinfo.de/138.0.html](http://www.euinfo.de/138.0.html)

### Neelie Kroes-Smit (Niederlande)

#### Kommissarin für Wettbewerbspolitik

Die Konservative Neelie Kroes-Smit (\* 19. Juli 1941) wird neue Wettbewerbskommissarin und ist damit zuständig für die Genehmigung von Firmenzusammenschlüssen, für die Überwachung staatlicher Beihilfen sowie für die Verhängung von Bußgeldern bei Verstößen gegen die europäischen Wettbewerbsregeln.

Die Wirtschaftswissenschaftlerin arbeitete zunächst als Assistenzprofessorin, bevor sie Mitglied des niederländischen Parlaments wurde. Nach ihrer Amtszeit als Verkehrsministerin der Niederlande 1982 bis 1989 arbeitete sie als Beraterin des europäischen Kommissars für Verkehrswesen in Brüssel. Bis 2000 leitete sie die Universität Nijmegen und saß seitdem in zahlreichen Aufsichtsräten internationaler Unternehmen.

Kroes-Smit wendet sich gegen staatliche Eingriffe zur Rettung von Konzernen, weil dies den Wettbewerb verzerre. Einige erwarten, dass sie zukünftige Fusionsvorhaben eher erleichtern als erschweren werde. Sie gilt als harte Verhandlerin.

Aufgrund ihres Einflusses nannte das NRC Handelsblad sie kürzlich die mächtigste Frau der Niederlande. Fachlich sei sie gut gerüstet: Sie kenne sich gut im Privatsektor aus und verfüge über wichtige Insiderinformationen. Da sie als Kommissarin für Wettbewerbspolitik auf Rechtmäßigkeit von Firmenfusionen und unternehmerischem Handeln zu achten hat, ist sie allerdings eines der umstrittensten Mitglieder: Sie saß in zahlreichen Aufsichtsräten internationaler Unternehmen wie Volvo und Thales, Kritiker halten sie daher für befangen. Zudem hätte sie ihre mangelnde Unabhängigkeit bereits als niederländische Verkehrsministerin bewiesen, wo sie Lobby-Strukturen aufbaute, die "ihre" Unternehmen bei der Vergabe für die Schienenanbindung des Rotterdamer Hafens deutlich begünstigten. Auch Barroso ist besorgt, dass sie bei manchen Vorgängen befangen sein könnte. Deshalb will er sie von bestimmten Entscheidungen suspendieren. Kroes-Smit wird also "als die erste Teilzeitkommissarin in die Geschichte der EU eingehen", so der Grüne EU-Parlamentarier Michael Cramer. ■

### Markos Kyprianou (Zypern)

#### Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz

Der Wirtschaftsanwalt und Finanzpolitiker Markos Kyprianou (\* 22. Januar 1960) wurde anfänglich dem Finanzressort beigeordnet und wird in der neuen Kommission für die Gesundheit und den Verbraucherschutz zuständig sein.

Der vielsprachige Jurist ist in der zypriotischen Politik seit 1986 als Mitglied der Demokratischen Partei und Gemeinderatsmitglied aktiv. Er arbeitete als Anwalt, bis er 1991 ins Nationalparlament gewählt und gleichzeitig Partner in der Anwaltskanzlei wurde. Später übernahm er das Amt des Fraktionsführers seiner Partei und wurde Vorsitzender der Delegation zur parlamentarischen Versammlung der OSZE. Im Parlament, dem er bis zu seiner Ernennung als Finanzminister 2003 angehörte, war er unter anderem im Ausschuss für Europäische Angelegenheiten aktiv sowie seit 1999 Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Haushalt. Er ist der Sohn des ehemaligen Präsidenten Zyperns, Spyros Kyprianou.

Mit seinem Ressort Gesundheit und Verbraucherschutz verbindet Kyprianou bisher nichts. Erste Ankündigungen des Zyprioten lassen vermuten, dass er eine interventionistisch geprägte Politik verfolgen wird. Bei seiner Anhörung sprach er sich für ein EU-weites öffentliches Rauchverbot am Arbeitsplatz und anderen öffentlichen Orten aus. Außerdem wolle er den Kampf gegen übermäßigen Alkoholkonsum und gegen Fettleibigkeit insbesondere bei Kindern aufnehmen. Kyprianou strebt eine engere Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitssystemen der einzelnen Länder und den Schutz von Patientenrechten an, darunter das Recht auf Information. Er will auch die Lebensmittelqualität erhöhen und Inspektionen in den Mitgliedstaaten verstärken. Zum Verbraucherschutz erklärte Kyprianou, dass "harmonisierte Produkte und Dienste unter keinen Umständen eine finanzielle, physische oder gesundheitliche Belastung des Verbrauchers darstellen dürfen". ■

Weitere Quelle:  
[www.euractiv.com](http://www.euractiv.com)

### Peter Mandelson (Großbritannien)

#### Kommissar für Außenhandel

Peter Mandelson (\* 21. Oktober 1953) ist in der EU-Kommission für den gesamten Außenhandel zuständig. Blairs Entscheidung für Mandelson war jedoch stark umstritten: "Es wird sicher als ein Beispiel für die Arroganz von New Labour angesehen, dass jemand eingeschaltet wird, der zweimal zurückgetreten ist, als Kumpel des Premierministers gilt und in der Labour-Partei absolut unbeliebt ist", so der Labour-Abgeordnete Ian Davidson.

Mandelson studierte Philosophie, Politik und Wirtschaft, bevor er 1985 Direktor für Kampagnen und Kommunikation der Labour Party und 1990 als Kandidat für Labour im Kreis Hartlepool gewählt wurde. Der einst schillernde "Labour-Star" diente Blair als PR-Stratege und "Spindoctor" und hatte gemeinsam mit dem Premier den Kurs von "New Labour" mitbestimmt. 1998 wurde er Minister für Handel und Industrie bis er 1999 den Posten räumen musste, nachdem er von einem Parteifreund einen Kredit in Höhe von mehreren hunderttausend Euro angenommen hatte. Aber Blair gab schon im Oktober 1999 seinem Freund und Ratgeber eine zweite Chance und berief ihn als Minister für Nordirland, wo sich Mandelson einige Lorbeeren erwarb. Im Januar 2001 musste er den Posten wieder aufgeben, da er sein Amt zugunsten des Einbürgerungsbegehrens eines reichen indischen Bruderpaars missbraucht hatte. Seitdem fristete er ein Schattendasein als Hinterbänkler im britischen Unterhaus, gab aber nie auf: "I'm a fighter, not a quitter", erklärte Mandelson.

Mandelson gilt als ausgesprochener Pro-Europäer. Als Kommissar will Mandelson sein "Bestes für die gewaltige Herausforderung" geben. Der streitbare Sozialdemokrat muss sich zuerst mit der Vollen- dung der Doha-Runde für einen liberalen Welthandel befassen und wird sich künftig auch um die Handelskonflikte mit den USA kümmern. Er tritt für die Öffnung europäischer Märkte für Drittweltprodukte ein und betont, Liberalisierung sei ein "Mittel, um eine bessere und gerechtere Gesellschaft zu schaffen". ■

Weitere Quelle: [www.kas.de/publikationen/2004/5099\\_dokument.html](http://www.kas.de/publikationen/2004/5099_dokument.html)

### Louis Michel (Belgien)

#### Kommissar für Entwicklungs- kooperation und humanitäre Hilfe

Das Milliarden schwere Ressort für Entwicklung und humanitäre Hilfe war heiß umkämpft. Dabei setzte sich der ehemalige belgische Außenminister Louis Michel (\* 2. September 1947) gegen die Österreicherin Benita Ferrero-Waldner durch, die künftig das Ressort Außenbeziehungen betreut. Beide Kontrahenten waren bereits früher aneinander geraten, als Michel die Wiener Koalition von ÖVP und der FPÖ des Rechtspopulisten Jörg Haider scharf kritisierte.

Der vielsprachige Literaturprofessor Michel war in den achtziger Jahren einer der Gründer der belgischen Liberalen. 1978 zog er als Abgeordneter ins Parlament ein und nahm 1999 den Posten des Außenministers an. Europäische Erfahrung sammelte er im Verfassungs-Konvent als Vertreter der belgischen Regierung. Er nahm bereits im September 2004 als Nachfolger des Dänen Poul Nielson in der Kommission Platz.

Das Ressort Entwicklung und humanitäre Hilfe gewinnt mehr und mehr an Gewicht, denn die EU-Staaten sind zusammen genommen mit über 50 Prozent Anteil an der weltweiten Entwicklungshilfe der größte Geberblock. Die EU-Kommission wickelt derzeit fast 22 % der Entwicklungshilfe der EU als "Gemeinschaftshilfe" mit eigenen Programmen und Projekten ab - mit einem Budget von 6,5 Milliarden jährlich.

Michel wird sich nun um die Beziehungen zur Dritten Welt kümmern. Die engen Verbindungen Belgiens zu den früheren Kolonien in Zentralafrika, die Michel in seiner Funktion als Außenminister ausbaute, werden ihm dabei zugute kommen. Sein vorrangiges Ziel ist Armutsbekämpfung als "Ausdruck der europäischen Solidarität mit den bedürftigsten Völkern". Er betont sogleich, ohne politische Stabilität sei Entwicklungshilfe nicht von Dauer. Die "Zeit" bezeichnet Michel als "Inkarnation einer moralischen Außenpolitik, von den Großen Seen bis zu den Vereinten Nationen, vom Kongo bis Kärnten", da Michel sich auch für Menschenrechte und gegen den Irak-Krieg einsetzte. Allerdings gilt der temperamentvolle Außenpolitiker deswegen auch als undiplomatischer Diplomat. ■

### Andris Piebalgs (Lettland)

#### Kommissar für Energie

Andris Piebalgs (\* 17. September 1957) wurde als Ersatzmann für die unter Korruptionsverdacht stehende Ingrida Udre nachnominiert, wird aber nicht das für Udre vorgesehene, neu geschaffene Ressort für Steuern und Zölle übernehmen, sondern die Generaldirektion Energie. Damit tauscht er den Posten mit dem Ungarn László Kovács, der dem Parlament wegen geringer Sachkenntnisse im Bereich Energiepolitik nicht geeignet schien.

Der Physiker profilierte sich zu Beginn seiner politischen Laufbahn als Bildungs- und Finanzpolitiker und hatte in den 90er Jahren in diesen beiden Politikfeldern Ministerposten inne. Von 1998 bis 2003 vertrat er Lettland als Botschafter bei der Europäischen Union und war in dieser Position federführend bei den Beitrittsverhandlungen Lettlands mit der EU-Kommission. Nach einem kurzen Zwischenspiel als Staatssekretär für die EU-Beziehungen im lettischen Außenministerium kehrte Piebalgs 2004 nach Brüssel zurück und übernahm das Amt des Büroleiters der lettischen Übergangskommissarin Sandra Kalniete, die den EU-Agrarkommissar Franz Fischler unterstützte. Piebalgs ist Mitgründer der liberal-konservativen Partei "Lettlands Weg", die lange Jahre an der Regierung beteiligt war, bei den letzten Wahlen aber an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, dann allerdings wieder 6,5 Prozent bei der Europawahl 2004 erreichte.

Als Energiekommissar obliegt Piebalgs künftig vor allem die Aufgabe, die Öffnung der Energiemärkte für Öl, Gas und Strom zu überwachen, die Energiegewinnung zu kontrollieren, aber auch Initiativen zum Energiesparen anzuregen. Damit gilt das Ressort in Brüssel als sehr wichtig. Für das Energieressort war bisher Loyola de Palácio (Spanien) zuständig, die sich außerdem auch um den Verkehr und die Beziehungen zum EU-Parlament kümmerte.

Mit diesem Politikfeld hat sich Piebalgs in seiner politischen Laufbahn zwar noch nicht explizit beschäftigt, doch gilt seine europapolitische Erfahrung als gute Voraussetzung. Vor allem die Grünen sind begeistert von Piebalgs Forderung, die Erneuerbaren Energien stärker zu fördern. ■

### Janez Potocnik (Slowenien)

#### Kommissar für Wissenschaft und Forschung

Der parteilose Wirtschaftsfachmann Janez Potocnik (\* 22. März 1958) wurde zunächst Günter Verheugen (Erweiterung) beigeordnet und wird in der neuen Kommission für Wissenschaft und Forschung zuständig sein. Neuerdings sind die Schwerpunkte Raumfahrt- und Sicherheitsforschung in der Generaldirektion Industrie angesiedelt.

Der Doktor in Wirtschaftswissenschaften arbeitete zunächst als Professor an der juristischen Fakultät von Ljubljana und forschte am Institut für Ökonomische Forschung. Von 1993 bis 2001 war er Direktor des Instituts für makroökonomische Analysen und Entwicklungen und leitete in den Beitrittsverhandlungen zur EU als Chefunterhändler die slowenische Delegation. Danach wurde der Wirtschaftsexperte zum ministeriellen Berater der Regierung in Europäischen Angelegenheiten, bis er Anfang 2002, obwohl parteilos, Europaminister von Slowenien wurde.

Seine Kompetenz wird so sehr geschätzt, dass auch die neue, europakritische Regierung für den parteilosen Kandidaten stimmte. Der Slowene überzeugte auch in seiner Anhörung, bringt aber keinen forschungspolitischen Hintergrund mit. Der 46-Jährige versteht die Forschungspolitik als zentrales Instrument zur Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Vor dem EU-Parlament forderte er Union und Mitgliedstaaten auf, ihre Haushalte neu aufzustellen und Investitionen in Forschung und Entwicklung größeren Raum zu geben. "Eine Verdopplung des Forschungs- und Entwicklungsfonds in der nächsten Finanzperiode würde ein wichtiges gemeinsames Signal sein", sagte Potocnik vor den Abgeordneten des EU-Parlaments. Darüber hinaus will er sich für eine stärkere Berücksichtigung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie eine faire Beteiligung von Forschern aus den zehn neuen Mitgliedstaaten bei der Vergabe europäischer Forschungsgelder einsetzen.

Die EU ist für ihn eine "moralische Kraft, die Frieden durch Integration" schaffe. ■

Weitere Quelle: [www.firmenwissen.de/psfiwi/fn/page/sfn/fiwi/pid/690/SH/0](http://www.firmenwissen.de/psfiwi/fn/page/sfn/fiwi/pid/690/SH/0)

### Viviane Reding (Luxemburg)

#### Kommissarin für audiovisuelle Medien und Informationsgesellschaft

Die Christdemokratin Viviane Reding (\* 27. April 1951) war bereits unter Romano Prodi Kommissarin für Bildung und Kultur und damit auch für die Arbeitsbereiche Jugend, Sport und Bürgergesellschaft zuständig. Die gelernte Journalistin zog schon im Alter von 28 Jahren ins luxemburgische Parlament ein. Später war sie zehn Jahre lang Abgeordnete im Europäischen Parlament, bevor sie 1999 Kommissarin wurde.

Das ihr zugeteilte Ressort "Informationsgesellschaft und Medien" hat Barroso neu konstruiert. Während der Bereich Informationsgesellschaft bisher mit wirtschaftlichen Kompetenzen, nämlich der Unternehmenspolitik, verknüpft war, erhält er jetzt mit der Medienpolitik eine kulturpolitische Komponente und zeigt damit auch den wachsenden Stellenwert der Medien. Gerade im audiovisuellen Bereich will sich die EU verstärkt einsetzen, da Film und Fernsehen besonders effektiv auf die Entwicklung einer europäischen Identität einwirken können. Bisher war die Medienpolitik in das Ressort Bildung und Kultur integriert, so dass Viviane Reding einen Teilbereich ihres alten Ressorts behalten und auf diese Weise die Leitung der von ihr initiierten MEDIA-Programme fortführen kann. Innerhalb des Aktionsplans "MEDIA 2007" sollen bis 2013 über eine Milliarde Euro für die Ausbildung von Fachkräften und die Produktion von audiovisuellen Werken investiert werden. Neben der Medienpolitik wird Viviane Reding zukünftig auch für die eGovernment- und eCommerce-Programme der EU zuständig sein.

Sie will sich durch "Innovation und Kreativität" profilieren und die nächste Mobilfunk-Generation und das Internet-Telefonieren fördern. Die EU könne aber keine nationalen Probleme mit der Medienvielfalt lösen, sagte sie. ■

### Olli Rehn (Finnland)

#### Kommissar für Erweiterung

Der Liberale Olli Rehn (\* 31. März 1962) war bereits seit Juli 2004 als Nachfolger von Erkki Liikanen Kommissar für die europäische Wirtschaft und Informationsgesellschaft. In der neuen Kommission übernimmt er das Erweiterungs-Ressort.

Der vielsprachige Politikwissenschaftler Rehn promovierte in internationaler politischer Ökonomie über die Wettbewerbsfähigkeit kleinerer Länder. Bereits als Student engagierte er sich für einen EU-Beitritt Finnlands. Seine politische Karriere führte ihn vom Präsidenten der Zentrums-partei Finnlands über das Stadtparlament von Helsinki in die nationale parlamentarische Arena. Von dort wechselte er gleich nach dem EU-Beitritt Finnlands im Jahr 1995 ins Europäische Parlament, wo er der liberalen Fraktion angehörte. Von 1998 bis 2002 arbeitete er als Kabinettschef des finnischen Kommissars Eric Leibermann. Bis 2003 war er dann als Professor für Politik und Europäische Studien in Helsinki tätig, ehe ihn der Premierminister als Wirtschaftsberater engagierte. 2003 war er zudem Mitglied der EU-Arbeitsgruppe "Erweiterung".

Auch wenn die große Erweiterungsrunde im Mai dieses Jahres unter seinem Vorgänger Günter Verheugen abgeschlossen wurde, ist Europa noch keineswegs komplett. Die Verhandlungen mit Bulgarien sind beendet, die mit Rumänien laufen auf Hochtouren. Die EU wird diese beiden Länder unter dem neuen Erweiterungskommissar aufnehmen. Über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei soll im kommenden Herbst ein Bericht vorgelegt werden. Außerdem besitzt Kroatien bereits den Status eines Beitrittslandes und die Verhandlungen werden im kommenden Jahr beginnen. Mazedonien hat sich ebenfalls angemeldet und die weiteren Balkanländer werden früher oder später folgen. Zudem gilt es auch, die erst in groben Zügen entworfene neue Nachbarschaftspolitik zu konkretisieren.

Er wolle die Welt zu einem besseren Ort machen, gab Rehn an, als er nach seinem ursprünglichen Motiv für den Einstieg in die Politik gefragt wurde. Rehn will stärker darauf achten, wie weit die Reformen und Bewerberstaaten wirklich gehen. ■

### Vladimir Špidla (Tschechien)

#### Kommissar für Arbeit, Soziales und Gleichstellung

Der kürzlich zurückgetretene tschechische Regierungschef Vladimir Špidla (\* 22. April 1951) wird für den Bereich Arbeit, Soziales und Gleichstellung verantwortlich sein. Damit ist er einer der sechs Kommissare, deren Bereiche für den Lissabon-Prozess zentral sind. Weiteren Einfluss auf die Beschäftigungspolitik haben darüber hinaus Barroso selbst und Günter Verheugen als Industrie-Kommissar sowie Wettbewerbskommissarin Kroes, Binnenmarkt-Kommissar McCreevy und Wirtschafts- und Währungskommissar Almunia. Die weitere Ausdifferenzierung des Bereichs Beschäftigung ist daher als eine Schwächung der Generaldirektion "Beschäftigung und Soziales" zu werten.

Der studierte Kunsthistoriker Špidla kennt sein Aufgabengebiet von allen Seiten: Anfang der 90-er leitete er ein Arbeitsamt, zwischendurch war er selbst arbeitslos. Seine politische Karriere begann 1990 mit seiner Beteiligung am Aufbau der tschechischen Sozialdemokraten, die im Gegensatz zu einigen Nachbarstaaten nicht die Nachfolger der ehemaligen kommunistischen Partei sind. Über die Karriereleiter als Arbeits- und Sozialminister wurde der Sozialdemokrat 2002 Premier. Im Juni 2004 trat er zurück, weil seine Partei die umstrittenen Reformen der Sozialsysteme nicht mittragen wollte und er ein parteiinternes Misstrauensvotum der Sozialdemokraten Ende Juni 2004 mit nur geringer Mehrheit überstanden hatte. Kürzungen im Sozialbereich von über 6,5 Mrd. Euro hatten den Ex-Premier bereits 2003 beinahe das Amt gekostet, als ein von den oppositionellen Konservativen angezetteltes Misstrauensvotum knapp scheiterte.

Mit der Auswahl eines Tschechen für dieses Ressort können deutsche Arbeitnehmervertreter aufatmen. Im Bereich Beschäftigung wird über Fragen der Mitbestimmung, Information und Anhörung auf europäischer Ebene entschieden. Da Tschechien das deutsche System der Mitbestimmung übernommen hat, dürfte von Seiten der Kommission keine Schwächung zu erwarten sein. Kritiker sehen einen Schwachpunkt von Špidla insbesondere im Teilbereich Gleichstellung - diesen Bereich hatte er in seinen bisherigen Bemühungen stark vernachlässigt. ■

#### • Weitere Informationen

Quellen für S. 8-16:

[www.europa-digital.de/aktuell/dossier/kommission04](http://www.europa-digital.de/aktuell/dossier/kommission04)

[www.europarl.eu.int/press/audicom2004/index\\_de.htm](http://www.europarl.eu.int/press/audicom2004/index_de.htm)

[www.ftd.de/pw/eu/1092171048133.html](http://www.ftd.de/pw/eu/1092171048133.html)

Michael Cramer, MdEP (Grüne), unveröffentlichtes Papier vom 18.11.04: Barroso und sein EU-Orchester

Gerold Büchner, Berliner Zeitung:  
18.11.04: Platzsuche am Eichentisch  
20.11.04: Skandal um Frankreichs EU-Kommissar - Jacques Barrot war in Spendenaffäre verwickelt

## Adressen

### Europäische Kommission

B-1049 Brüssel  
Tel. 0032 2 / 299-1111 (Zentrale)  
Tel. 00800 / 67891011 (gebührenfreies  
Bürger/innentelefon)  
[http://europa.eu.int/comm/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/index_de.htm)

### Europäische Kommission - Vertretung in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin  
Tel. 030 / 2280-2000, Fax -2222  
eMail: [eu-de-kommission@cec.eu.int](mailto:eu-de-kommission@cec.eu.int)  
[www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de)

Vertretung München: Erhardtstraße 27,  
80331 München  
Tel. 089 / 242448-0, Fax -15  
eMail: [eu-de-muenchen@cec.eu.int](mailto:eu-de-muenchen@cec.eu.int)

Vertretung Bonn: Bertha-von Suttner-  
Platz 2-4, 533111 Bonn  
Tel. 0228 / 53009-0, Fax -50  
eMail: [eu-de-bonn@cec.eu.int](mailto:eu-de-bonn@cec.eu.int)

## Links

### Wichtige EU-Seiten im Internet

Europäisches Parlament (EP):  
[www.europarl.eu.int](http://www.europarl.eu.int)

Informationsbüros des Europäischen Par-  
laments in Deutschland/Berlin:  
[www.europarl.de](http://www.europarl.de)

Europäische Kommission:  
[http://europa.eu.int/comm/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/index_de.htm)  
(Hier sind auch alle Generaldirektionen  
anklickbar)

Vertretung der Europäischen Kommission  
in Deutschland:  
[www.eu-kommission.de](http://www.eu-kommission.de)

Europäischer Bürgerbeauftragter:  
[www.euro-ombudsman.eu.int](http://www.euro-ombudsman.eu.int)

Europäischer Datenschutzbeauftragter:  
[www.edps.eu.int](http://www.edps.eu.int)

Rat der Europäischen Union:  
<http://ue.eu.int/de/summ.htm>

Europäischer Gerichtshof (EuGH):  
[www.curia.eu.int](http://www.curia.eu.int)

Rechnungshof:  
[www.eca.eu.int](http://www.eca.eu.int)

### Recherchemöglichkeiten zum EU-Gesetzgebungsprozess

Zentrale Suchseite für EP-Dokumente:  
[http://www.europarl.eu.int/guide/search/  
docsearch\\_de.htm](http://www.europarl.eu.int/guide/search/docsearch_de.htm)

Kommissionsvorschläge:  
[http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/  
index1.html](http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/index1.html)

EP-Sitzungsdokumente:  
[www.europarl.eu.int/plenary/  
default\\_de.htm](http://www.europarl.eu.int/plenary/default_de.htm)

Thematisches Inhaltsverzeichnis der EP-  
Seiten:  
[www.europarl.eu.int/guide/search/  
default\\_de.htm](http://www.europarl.eu.int/guide/search/default_de.htm)

Eur-Lex - Portal zum Recht der EU:  
<http://europa.eu.int/eur-lex/de>

Gipfeldokumente:  
[www.europarl.eu.int/summits/  
index\\_de.htm](http://www.europarl.eu.int/summits/index_de.htm)

Glossar zu EU-Begriffen/Themen:  
[http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/cig/  
g4000.htm](http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/cig/g4000.htm)

Tätigkeitsbereiche der EU:  
[http://europa.eu.int/news/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/news/index_de.htm)

Informationen über Institutionen, Rechts-  
akte und Gesetzgebungsverfahren in der  
Europäischen Union:  
[www.europa.eu.int/scadplus/scad\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/scadplus/scad_de.htm)

## EU-Rundschreiben und EU-Koordination im Internet

### **www.eu-koordination.de**

...ist die neue Internetseite der EU-Koordination des DNR. Hier finden Sie diesen und alle früheren EUR-Sonderteile zum kostenlosen Download als PDF-Datei. Außerdem gibt es ein EUR-Themenarchiv sowie Informationen über Projekte, Publikationen, Veranstaltungen und Expert/innen. Die Seite ist nach den verschiedenen Umweltthemen gegliedert.

### **www.dnr.de/eur**

Auf der Seite des EU-Rundschreibens können Sie diesen und alle früheren EUR-Sonderteile, Auszüge aus dem aktuellen EU-Rundschreiben und die vollständigen früheren Ausgaben ab Januar 2000 herunterladen.

## Aktuelle Informationen per eMail

### **Kostenlose Umwelt-Mailinglisten und Newsletter - auch zu Biodiversität**

Aktuelle und unabhängige Meldungen zu EU-Umweltpolitik und vielen weiteren Umweltthemen sendet der DNR Info-Service tagesaktuell per eMail zu. DNR-Mitglieder und Abonnenten können im Internet bestellen:

[www.dnr.de/infoservice](http://www.dnr.de/infoservice)

Vom DNR-Redaktionsbüro zusammengestellte und geprüfte Übersicht weiterer eMail-Dienste zu Umweltthemen, darunter auch EU-Umweltpolitik:

[www.dnr.de/umweltinfo](http://www.dnr.de/umweltinfo)